

# Atlas

DER ZIVILGESELLSCHAFT

---

2020

# Zivil- gesell- schaft

A world map is overlaid with the title text. The map is color-coded by region: North America and Australia are green; South America, Europe, and Africa are yellow; Asia and parts of Africa are orange; and China and parts of Africa are red.

Report zur weltweiten Lage

## Impressum

### Herausgeber

Brot für die Welt  
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.  
Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin  
Telefon +49 30 65211 0, Fax +49 30 65211 3333  
info@brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft

**AutorInnen** Christian Jakob, Christine Meissler,  
Carsta Neuenroth, Nils Utermöhlen

**Redaktion** Maike Lukow

**Redaktionelle Mitarbeit** Anne Dreyer, Silke Pfeiffer

**Idee und Konzept** Anne Dreyer, Julia Duchrow

**V.i.S.d.P.** Klaus Seitz

**Gestaltung** KontextKommunikation GmbH, Berlin

**Satz** Reihs Satzstudio, Lohmar

**Korrektorat** Petra Kienle, Fürstenfeldbruck

**Infografiken und Illustrationen** Esther Gonstalla

**Fotos** Erhan Arik/NarPhotos/laif (S. 65), Maria Magdalena Arrellaga/NYT/  
Redux/laif (S. 36), Umit Bektas (S. 42, 46), Hermann Bredehorst (S. 4),  
Josue Decavele (S. 54), Tuane Fernandes (S. 39, 40), Bettina Flitner (S. 68),  
Gleb Garanich (S. 60), Dai Kurokawa (S. 70), Willy Kurniawan (S. 48),  
Jessica Rinaldi (S. 66), Oswaldo Rivas (S. 57), Ulises Rodriguez (S. 59),  
Frank Schultze (S. 63), Tatan Suflan (S. 50), Darren Whiteside (S. 52)

**Lektorat** Thorsten Herdickerhoff, Eva Rosenkranz

**Druck** Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg

**Art. Nr.** 119 113 430  
Berlin, Februar 2020

Print ISBN 978-3-96238-171-4

E-PDF ISBN 978-3-96238-710-5

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivates 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



Mitglied der  
**actalliance**

# Inhalt

<b>Impressum</b>	<b>2</b>
<b>Vorwort</b>	<b>4</b>
<b>Zusammenfassung</b>	<b>5</b>
<b>Die Welt sieht rot: Weltkarte</b>	<b>8</b>

## Teil 1: CIVICUS-Monitor

<b>Zivilgesellschaft weltweit stärker unter Druck</b>	<b>12</b>
Die Lage in Europa / Veränderungen im Ranking gegenüber dem Vorjahr / Formen der Repression / Tödliches Engagement / Repression verhindert Entwicklung / Betroffene Gruppen »Frauen sind Ziel von Repressionen«, Interview mit Marianna Belalba Barreto von CIVICUS	21
<b>Shrinking Space betrifft vor allem Frauen und Frauenbewegungen</b>	<b>22</b>
Der Trend: Angriffe auf die Gleichberechtigung / Die Lage der Menschenrechtsverteidigerinnen / Gewalt gegen Frauen / Erzwungene Einheit statt Vielfalt / Kein Recht auf Gerechtigkeit / Frauen kämpfen für Land- und Umweltrechte / Populismus gegen Frauen und LGBTI / Frauenaktivismus im Netz / Besonders häufig attackiert: Journalistinnen / Frauen und Arbeitskämpfe / Internationale Organisationen / Formale politische Partizipation	
<b>Einschränkung der Zivilgesellschaft nach Regionen</b>	<b>30</b>

## Teil 2: Zivilgesellschaft im Fokus. Bewegungen für die Rechte von Frauen und LGBTI in sechs Ländern

<b>Brasilien</b> – Massive Gefahr für die Zivilgesellschaft	36
<b>Sudan</b> – Gesichter der Revolution	42
<b>Indonesien</b> – Am Ende der Reformbemühungen?	48
<b>Zentralamerika</b> – Eine Region der Gewalt gegen Frauen	54
<b>Armenien</b> – Hohe Erwartungen an die neue Regierung	60
<b>Uganda</b> – Wenn das Misstrauen regiert	66

## Teil 3: Demokratie braucht Geschlechtergerechtigkeit

Treiber des Backlash – Weltfamilienkongress / Europäische Treiber des Backlash / Allianz der Familienschutzorganisationen mit rechtsextremen Parteien / Die Vereinten Nationen: Plattform für und gegen Frauenrechte / Der Kampf auf internationaler Ebene / Die Kraft der Netzwerke und Bündnisse / Aufmerksamkeit durch soziale Medien und Demonstrationen / Solidarität für die Vielfalt	
<b>Empfehlungen an die Bundesregierung: Einsatz für eine unabhängige Zivilgesellschaft und Geschlechtergerechtigkeit</b>	<b>78</b>

<b>Literatur</b>	<b>80</b>
<b>Abkürzungen</b>	<b>81</b>
<b>Quellen</b>	<b>82</b>



36



42



48



54



60



66

# Vorwort

**G**emeinsam mit unseren zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Partnerorganisationen in rund 90 Ländern arbeiten wir daran, Hunger, Armut und Ungerechtigkeit zu überwinden. Der sogenannte Shrinking Space – der schrumpfende Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Organisationen – bereitet uns und unseren Partnern große Sorge. Denn in vielen Ländern schränken Regierungen die Grundrechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zunehmend ein – auch in Europa. Dabei sind diese Menschen- und Bürgerrechte essenziell für eine Demokratie und dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger an der politischen wie der sozialen Entwicklung ihrer Länder beteiligen können. Vor diesem Hintergrund veröffentlichen wir nun zum dritten Mal den Atlas der Zivilgesellschaft gemeinsam mit CIVICUS, dem weltweiten Netzwerk für Bürgerbeteiligung.

Im Atlas der Zivilgesellschaft 2020 konzentrieren wir uns neben der weltweiten Analyse thematisch auf die Zurückdrängung und Einschüchterung von Frauen und Bewegungen für Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit. Frauen werden überproportional Opfer von digitaler, psychischer und physischer Gewalt – im Globalen Süden wie in Europa. Die Öffentlichkeit nimmt wenig Notiz davon, weil beispielsweise die Ermordung von Frauen nicht politisch eingeordnet wird, sondern als Beziehungstat. Ein Beispiel für die erfolgreiche Einschüchterung von politisch aktiven Frauen in Europa ist die Ankündigung von mehr als dreißig Parlamentarierinnen aus Großbritannien, bei den nächsten Wahlen aufgrund massiver Bedrohungen durch sexualisierte Gewalt nicht mehr antreten zu wollen.

Nationalistische Parteien, fundamentalistische politische und religiöse Strömungen und Gruppierungen sind global auf dem Vormarsch und international hervorragend vernetzt. Sie versuchen, tradierte Machtstrukturen und Geschlechterrollen wiederherzustellen und Frauen aus dem öffentlichen Raum zu drängen. Sie stigmatisieren und delegitimieren die Errungenschaften der Frauenbewegungen und wollen damit erreichen, dass deren wichtige Forderungen die Unterstützung der Bevölkerung verlieren.

In einigen Ländern werden Frauen nach wie vor so stark diskriminiert, dass sie vom öffentlichen Leben weitgehend ausgeschlossen sind. Die große Bedeutung von frauenrechtlichen Errungenschaften für die wirtschaftliche, soziale und friedli-



che gesellschaftliche Entwicklung wird dabei ebenso ignoriert wie die von Frauen eingebrachten Potenziale. Dabei sind es oft gerade Frauen, die friedliche Veränderungen in ihren Ländern vorantreiben. So blicken wir in unserem Länderbeispiel Sudan auf die mutigen Frauen, die auf den Straßen Khartums protestierten, um die drei Jahrzehnte dauernde autoritäre Herrschaft von Omar al-Bashir im Frühjahr 2019 zu beenden (S. 42 ff.).

Genau wie bei der Samtenen Revolution in Armenien, an der sich im Frühjahr 2018 Frauen in großer Zahl beteiligten. Allerdings haben sich ihre Erwartungen, dass Frauen nach dem Regierungswechsel in der Regierung besser repräsentiert sein würden und insgesamt gleichberechtigter leben können, bisher nicht erfüllt (S. 60 ff.).

Eine besonders dramatische Entwicklung zeichnet sich in Brasilien ab, einem Land, das wir im Atlas der Zivilgesellschaft bereits zum zweiten Mal behandeln. Präsident Jair Bolsonaro propagiert mit vielen anderen fundamentalistischen und frauenfeindlichen Hardlinern ein antifeministisches Frauenbild als christlich und bedroht Organisationen, die sich für Frauen- und Gender-Themen einsetzen (S. 36 ff.).

Angesichts der weltweiten Einschränkungen, die die Zivilgesellschaft aktuell erlebt, ist es wichtig, dass die Bundesregierung handelt. Sie muss sich unmissverständlich gegen die schwindenden Handlungsspielräume wenden, Einschränkungen benennen und in ihrer eigenen Politik den zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum schützen – hierzulande und weltweit. Dabei muss sie die Gelegenheit des Peking+25-Prozess nutzen, um besonders die zunehmende Gewalt gegen Frauen sowie die Lage von Frauen im öffentlichen Leben und von Frauenorganisationen in den Blick zu nehmen. Sie muss bei Kontakten auf internationaler Bühne nicht nur generell umfassenden Schutz für Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger einfordern, Diffamierungen und Gewalt verurteilen, sondern sollte sich weltweit speziell für den Schutz von zivilgesellschaftlichem Engagement zugunsten von Frauenrechten und Geschlechtergerechtigkeit einsetzen und sexualisierte Gewalt auf allen Ebenen und in allen Ländern massiv verurteilen.

Nur eine handlungsfähige und aktive Zivilgesellschaft, an der alle Gruppen der Bevölkerung gleichberechtigt teilhaben, kann gesellschaftliche Veränderungen anstoßen. Ohne das Engagement von Frauen gibt es weder Entwicklung noch Frieden!

**Prof. Dr. h. c. Cornelia Füllkrug-Weitzel**  
Präsidentin von Brot für die Welt

# Zusammenfassung

**W**iderspruch kann tödlich sein, auch wenn er Selbstverständliches einfordert. Das Recht eines Menschen beispielsweise, gegen politische Entscheidungen zu demonstrieren oder diese in den sozialen Medien infrage zu stellen. Oder das Ackerland, von dem eine Familie lebt, nicht für ein großes Infrastrukturprojekt hergeben zu müssen. Zentralamerika etwa ist zu einer Region geworden, in der Recht und Gerechtigkeit immer weniger zählen. Sie werden verdrängt von Gewalt, Korruption, Kriminalität und Regierungen, die sich mit kriminellen Banden zusammenschließen. Die Zivilgesellschaft kann kaum noch Rechte einfordern und sich in Debatten einbringen.

Trotzdem gibt es in der Region Frauen wie Lydia Alpizar, die alles daran setzen, dass politisches Handeln möglich bleibt. Und Menschen zu schützen, die aufgrund ihres zivilgesellschaftlichen Engagements bedroht werden.

So bietet IM-Defensoras, das zentralamerikanische Netzwerk von Menschenrechtsverteidigerinnen, bei dem Alpizar arbeitet, jenen Frauen Zuflucht, die sich gegen korrupte Politikerinnen und Politiker, kriminelle Banden oder gewalttätige Großgrundbesitzer stellen (→ Teil 2).

Lydia Alpizar und IM-Defensoras sind Mosaiksteine einer globalen Zivilgesellschaft, die von international aufgestellten Lobbybündnissen bei multinationalen Institutionen bis zu Kleinbauerninitiativen in entlegenen Dörfern reicht. Selbst wenn sie nicht alle das Gleiche wollen, kämpfen viele von ihnen für Freiheit, Gerechtigkeit und Teilhabe, für den Erhalt der Natur und gegen autoritäre oder korrupte Regierungen.

Diese Kämpfe brachten im Jahr 2019 weltweit Menschen auf die Straßen: im Sudan, in Russland, Ägypten, Chile, Ecuador, Irak, im Libanon, in Spanien, Hongkong, Bolivien, der Türkei, Brasilien, Argentinien, bei den Frauenstreiks am 8. März oder bei den globalen Klimaprotesten. An einigen dieser Orte hätte kaum jemand Proteste erwartet, wird doch die Zivilgesellschaft dort unterdrückt und die Reaktion der staatlichen Kräfte ist unkalkulierbar. Abgeschreckt hat dies die Menschen jedoch nicht.

Der Atlas der Zivilgesellschaft 2020 zeigt die gegenwärtigen Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft auf. Wo sind freie

Rede, Vereinigungen oder Versammlungen möglich, wo werden Menschenrechte geachtet und wo verfügt die Zivilgesellschaft über demokratische Teilhabe? Mit diesen Fragen beschäftigt sich der erste Teil des Atlas der Zivilgesellschaft. Die Daten dafür stammen von CIVICUS, der Weltallianz zur Bürgerbeteiligung. Der CIVICUS-Monitor ist die umfassendste Dokumentation zum Zustand der globalen Zivilgesellschaft. Aktuell leben lediglich rund drei Prozent der Weltbevölkerung in Staaten mit einer offenen Zivilgesellschaft. Im Vorjahr waren es vier Prozent. Das heißt, aktuell genießen nur rund 259 Millionen Menschen uneingeschränkte zivilgesellschaftliche Freiheiten. Sie leben in den 43 Staaten, die die Grundrechte respektieren und schützen. In ihnen wird der sogenannte Civic Space, der Raum für zivilgesellschaftliches Handeln, als „offen“ eingestuft. 1,1 Milliarden Menschen leben

---

**Nur rund 259 Millionen Menschen weltweit genießen uneingeschränkte zivilgesellschaftliche Freiheiten**

in 42 Staaten, in denen der Civic Space beeinträchtigt ist. Für acht von zehn Menschen auf der Welt ist diese Freiheit dagegen stark oder sehr stark beeinträchtigt. Die Grundrechte von 1,2 Milliarden Menschen in 49 Staaten werden laut CIVICUS „be-

schränkt“. Weitere drei Milliarden Menschen müssen fürchten, überwacht, drangsaliert, eingeschüchtert, inhaftiert, verletzt oder sogar getötet zu werden, wenn sie die Machthaber in ihrem Land kritisieren. Das sind knapp 40 Prozent der Weltbevölkerung. In den 38 Staaten, in denen sie leben, wird die Zivilgesellschaft „unterdrückt“. Vollständig „geschlossen“ ist der Civic Space für zwei Milliarden Menschen, das ist mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung. Sie leben in 24 Staaten, in denen zivilgesellschaftliches Handeln gewaltsam unterbunden wird.

Allerdings erodieren gesellschaftliche Freiheiten selbst in Weltregionen, in denen sie Teil des gesellschaftlichen Selbstverständnisses sind oder waren. In 13 der 28 EU-Staaten etwa stuft CIVICUS die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft heute als „beeinträchtigt“ ein. In die Kategorie der europäischen Staaten mit „beschränktem“ Civic Space stieg 2019 Serbien ab. Hass und Schmähkampagnen gegen Journalistinnen und Journalisten nehmen dort zu. Staatschef Aleksandar Vučić bezeichnet kritische Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) als „Lügner“ oder „Spione“. Auch die Diffamierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen ist in Serbien steigend. In Ungarn, dessen Präsident Viktor Orbán offen eine „illiberale Demokratie“ propagiert, sieht CIVICUS den Civic Space

nach wie vor als „beschränkt“. Nationalismus und Autoritarismus sowie ein wachsender Einfluss fundamentalistischer religiöser Gruppen untergraben in Teilen Europas spürbar die Freiheit der Rede, zur Versammlung und Vereinigung. Und nach wie vor schlägt der Großkonflikt um die Migration dabei durch. Auf Druck rechter Parteien sehen sich demokratische Akteure wie Beratungsstellen für Flüchtlinge, die sich Hass und Hetze entgegenstellen, plötzlich selbst dem Vorwurf des Extremismus ausgesetzt – auch in Deutschland.

Den Terrorismusbegriff missbrauchen Regierungen und Konzerne weltweit und bezeichnen jene, die den Abbau sozialer Leistungen oder die Zerstörung natürlicher Ressourcen nicht hinnehmen wollen, als „Terroristen“. So wie Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro, der unter anderem die Arbeit der kleinbäuerlichen Landlosenbewegung MST (Movimento dos Sem Terra) und der Obdachlosenbewegung MTST (Movimento dos Trabalhadores Sem Teto) als „Terrorismus“ diffamiert.

Solche Diffamierungen haben Folgen. 304 Morde an Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern in 31 Ländern zählte etwa die Organisation Frontline Defenders im Jahr 2019. Knapp drei Viertel der getöteten Aktivistinnen und Aktivisten verteidigten Landrechte, Umweltschutzgesetze und die Rechte indigener Völker, die oft im Zuge staatlicher Infrastrukturprojekte und bei der Rohstoffausbeutung verletzt wurden. Die Organisation Global Witness hat die Angriffe auf Umweltschützerinnen und -schützer dokumentiert und im Jahr 2018 insgesamt 164 Morde an ihnen gezählt. Im November 2019 erschossen Holzfäller unter anderen den prominenten indigenen Regenwaldschützer Paulo Paulino Guajajara.

Gesellschaftliche Freiheit und soziale Entwicklung sind untrennbar miteinander verbunden. Viele soziale Bewegungen verfolgen Ziele, die jenen der Sustainable Development Goals (SDGs), den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung, nahe sind. Das zeigt auch der CIVICUS-Monitor. Wo der Civic Space „offen“ ist, liegt der Human Development Index (HDI) – ein weltweit anerkanntes Maß für die menschliche Entwicklung – im Schnitt bei 0,859. Der Höchstwert ist 1,0. Je weiter die gesellschaftlichen Freiheiten beschränkt werden, desto geringer liegt die vom HDI gemessene menschliche Entwicklung. In Staaten mit „unterdrückter“ Zivilgesellschaft fällt dieser Wert auf 0,647 Punkte.

Insgesamt 536 Meldungen über Angriffe auf zivilgesellschaftliche Tätigkeiten zwischen 1. Oktober 2018 und 11. November 2019 hat CIVICUS zuletzt ausgewertet. Die Fälle sind nicht repräsentativ, zeigen aber deutliche Muster politischer Repression. International besonders stark verbreitet ist demnach die staatliche Zensur von Medien – einschließlich der Kontrolle des Internets und somit der sozialen Medien. Aufsehen erregte dabei etwa Russlands umstrittenes Internetgesetz, das am

1. November 2019 in Kraft trat und ein eigenes Internet unter kompletter Staatskontrolle vorsieht.

Regime lassen zudem oft Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger oder Oppositionelle festnehmen. In Kamerun etwa kamen im Spätsommer 2019 eine Reihe von Kritikern des Präsidenten Paul Biya ins Gefängnis – kurz bevor ein „Nationaler Dialog“ den Konflikt zwischen dem anglophonen und dem frankophonen Teil des Landes befrieden sollte.

Bei etwa jedem sechsten von CIVICUS untersuchten Fall handelte es sich um übermäßige Gewalt gegen Protestierende. In Guinea beispielsweise töteten staatliche Kräfte im Oktober 2019 neun Menschen, die gegen eine Verfassungsänderung protestierten, mit der Präsident Alpha Condé sich eine dritte

Amtszeit ermöglichen wollte.

In Konflikt mit dem Staat und privaten Unternehmen geraten oft jene, die materielle Güter anders verteilen wollen: Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Arbeiterinnen und Arbeiter. Diese waren in jedem achten (12,7 Prozent) der von CIVICUS ausgewerteten Fälle betroffen.

In Jordanien etwa untersagt ein

im April 2019 beschlossenes Gesetz den 314.000 im Land registrierten Wanderarbeiterinnen und -arbeitern, Gewerkschaften zu gründen.

Vom schrumpfenden Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft sind Frauen und Menschen, die lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell/transgender und intersexuell (LGBTI) sind, besonders bedroht: körperlich, beispielsweise wenn Staaten Abtreibung gesetzlich verbieten, sowie durch sexualisierte Gewalt oder Diffamierungen. Gleichzeitig erschwert die rückwärtsgewandte Geschlechterpolitik Aktivistinnen und Aktivisten, sich gegen Angriffe zu wehren. Frauen und Männer sowie Organisationen, die sich für Gleichberechtigung und eine Vielfalt der Geschlechter einsetzen, werden als „Gender-Ideologen“ und ihre Arbeit als „Gender-Wahn“ verunglimpft (→ Teil 1b).

Frauen und Frauenbewegungen waren in mehr als jedem fünften (22 Prozent) der von CIVICUS registrierten Fälle von Angriffen auf die Zivilgesellschaft betroffen und stehen damit an oberster Stelle der am stärksten von Verfolgung betroffenen Gruppen. Frauen sind nicht nur angreifbarer, weil der öffentliche Raum noch immer von Männern dominiert wird. Frauen werden auch angegriffen, weil sie Frauen sind und sich als solche engagieren. Was das für ihre Arbeit bedeutet, davon berichten im Teil 2 dieses Atlas Vertreterinnen und Vertreter von Brot-für-die-Welt-Partnerorganisationen in Brasilien, Sudan, Indonesien, Zentralamerika, Armenien und Uganda.

Heute sind Frauen sichtbarer denn je in Kämpfen um sozialen Fortschritt. Die Revolution im Sudan etwa, die dem Kriegsverbrecher Omar al-Bashir die Macht entriss, wird auf

---

**In 83 % der Staaten ist der Raum für die Zivilgesellschaft beschränkt, unterdrückt oder geschlossen**



ewig mit dem Bild der Studentin Alaa Salah verbunden sein. Auch die schwedische Schülerin Greta Thunberg vermochte Millionen junge Menschen dazu zu bringen, das Nichtstun gegen die drohende Klimakatastrophe nicht länger hinzunehmen. Die Seenotretterin Carola Rackete ließ sich nicht beirren, als der damalige italienische Innenminister Matteo Salvini ihr für ihren Einsatz Gefängnis androhte. Ihr Mut beeindruckte die Menschen. Für die Seenotretter im Mittelmeer gab es in der Folge Millionenspenden. Und natürlich gehören auch Frauen dazu, die der Öffentlichkeit unbekannt sind, wie die junge Chilenin, die im Oktober 2019 mit einem Schild auf die Straße ging, auf dem stand: „Der Neoliberalismus wurde in Chile geboren und wird in Chile sterben.“ Bei den Protesten in Chile 2019 verletzte die Polizei über 1.300 Menschen, doch aufgrund des Drucks der Proteste bildete Präsident Sebastián Piñera sein Kabinett um und versprach soziale Reformen. Der Einsatz für eine lebenswerte Zukunft für alle komme „momentan hauptsächlich von jungen Frauen“ schreibt die Journalistin Sonja Eismann. Diese Frauen haben viel zu gewinnen, denn bis heute werden sie auf allen Kontinenten und in allen gesellschaftlichen Bereichen gegenüber Männern benachteiligt – weniger Geld für gleiche Arbeit, weniger Landbesitz, weniger gesellschaftliche Mitsprache, weniger Sicherheit. Ihre Handlungsspielräume sind dabei stets gefährdeter als die von Männern. Manchmal ist es schon zu gefährlich, den Begriff „feministisch“ als Eigenbezeichnung zu verwenden, wie die Brot-für-die-Welt-Partnerorganisation Women for Development in Armenien schildert. Von sexualisierten Beleidigungen über Angriffe auf die vermeintliche „Ehre“ oder jene der Familie, von Untergrabung der oft prekären Existenzgrundlage bis hin zu sexualisierter Gewalt und Mord: In allen Teilen der Welt zahlen Frauen

einen besonders hohen Preis für ihr politisches und gesellschaftliches Handeln. Das gilt für landlose Bäuerinnen in Indien ebenso wie für Kongressabgeordnete in den USA; es gilt für streikende Textilarbeiterinnen in Bangladesch wie für Journalistinnen in Deutschland.

Je stärker das Internet ein Ort ist, an dem eine globale Zivilgesellschaft agiert, desto stärker wendet sich Hassrede dort gegen Frauen. In der bislang größten Studie zum Thema untersuchten Forscherinnen und Forscher im Auftrag von Amnesty International Tweets aus dem Jahr 2018 an 778 britische und US-amerikanische Politikerinnen und Journalistinnen. Diese bekamen hochgerechnet 1,1 Millionen problematische Tweets. Während einer von 15 Beiträgen an weiße Frauen

Hassbotschaften enthielt, war es bei schwarzen Frauen sogar jeder zehnte Beitrag. „Im gegenwärtigen politischen Klima, mit seinem Rollback gegen die Menschenrechte, sind Frauen, die diese Rechte verteidigen, oft die ersten, die angegriffen werden“, sagt Michel Forst, UN-Sonderberichterstatter für die Situation von Menschenrechtsverteidigern.

Teil 3 des Atlas stellt die Strategien jener Gruppen dar, die dafür kämpfen, dass Frauen und LGBTI weniger Rechte zugestanden werden: religiöse Fundamentalisten, Antifeministen, Rechtspopulisten. Weltweit gewinnen ihre Ideen an Akzeptanz, auch weil deren Vertreter sich strategisch aufstellen und international vernetzen. Besonders deutlich wird das am Beispiel des Weltfamilienkongresses, der als ihr weltweit wichtigstes Treffen gilt. Er zeigt deutlich die Verknüpfung zwischen rechtsnationalen Parteien und der Anti-Gender-Bewegung.

Das wichtigste internationale Forum für die Durchsetzung von Frauenrechten sind die Vereinten Nationen. Frauenbewegungen und Gender-Aktivistinnen nutzen internationale Organisationen wie die UN, um sich gegen den Backlash zur Wehr zu setzen. Sie kritisieren beispielsweise in den Berichts- und Monitoring-Prozessen zur UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) die Geschlechterpolitik ihrer jeweiligen Regierung. Die internationale Anti-Gender-Bewegung hat die Relevanz der Vereinten Nationen jedoch ebenfalls für sich erkannt. Sie versucht, Menschenrechtsverträge zu untergraben, die Frauen- und LGBTI-Rechte explizit schützen, und schließt Allianzen über Religionen, Staaten und übliche Bündnisse hinweg.

Trotz – oder vielleicht gerade wegen – der Erfolge des Backlash ist die Aufbruchstimmung an vielen Orten groß. Aktivistinnen und Frauenbewegungen scheinen so aktiv wie nie. Regionale und internationale Netzwerke nehmen dabei eine Schlüssel-

funktion ein, wie Teil 3 beschreibt. Genau wie ihre Gegnerinnen und Gegner nutzen auch Aktivistinnen und Aktivisten für Frauen und LGBTI die sozialen Medien, um auf ihre Themen aufmerksam zu machen. Das Hashtag #MeToo ist ein weltweit bekanntes Bei-

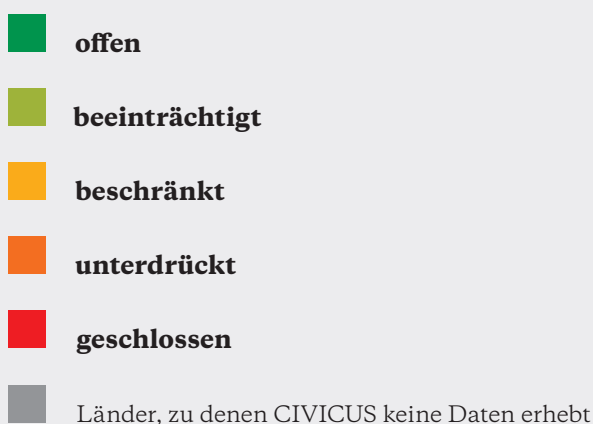
spiel. Außerdem suchen sie den Schulterschluss mit jenen, die außerhalb der Schusslinie stehen und gleichwohl Einfluss auf die öffentliche Meinung haben. So entstehen beispielsweise Bündnisse mit fortschrittlichen Kirchen.

Auch die deutsche Bundesregierung ist gefragt. Sie muss sich weltweit für eine unabhängige Zivilgesellschaft und für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Brot für die Welt fordert deswegen, dass die Wirtschafts- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung nicht zur Einschränkung des Civic Space führt. Auf allen Ebenen sollen sich offizielle Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung insbesondere für eine aktive, gleichberechtigte und demokratische Teilhabe von Frauen einsetzen.

---

## **Frauen und Frauenbewegungen waren in mehr als jedem fünften der von CIVICUS registrierten Fälle von Angriffen auf die Zivilgesellschaft betroffen**

### CIVICUS-Einstufungen

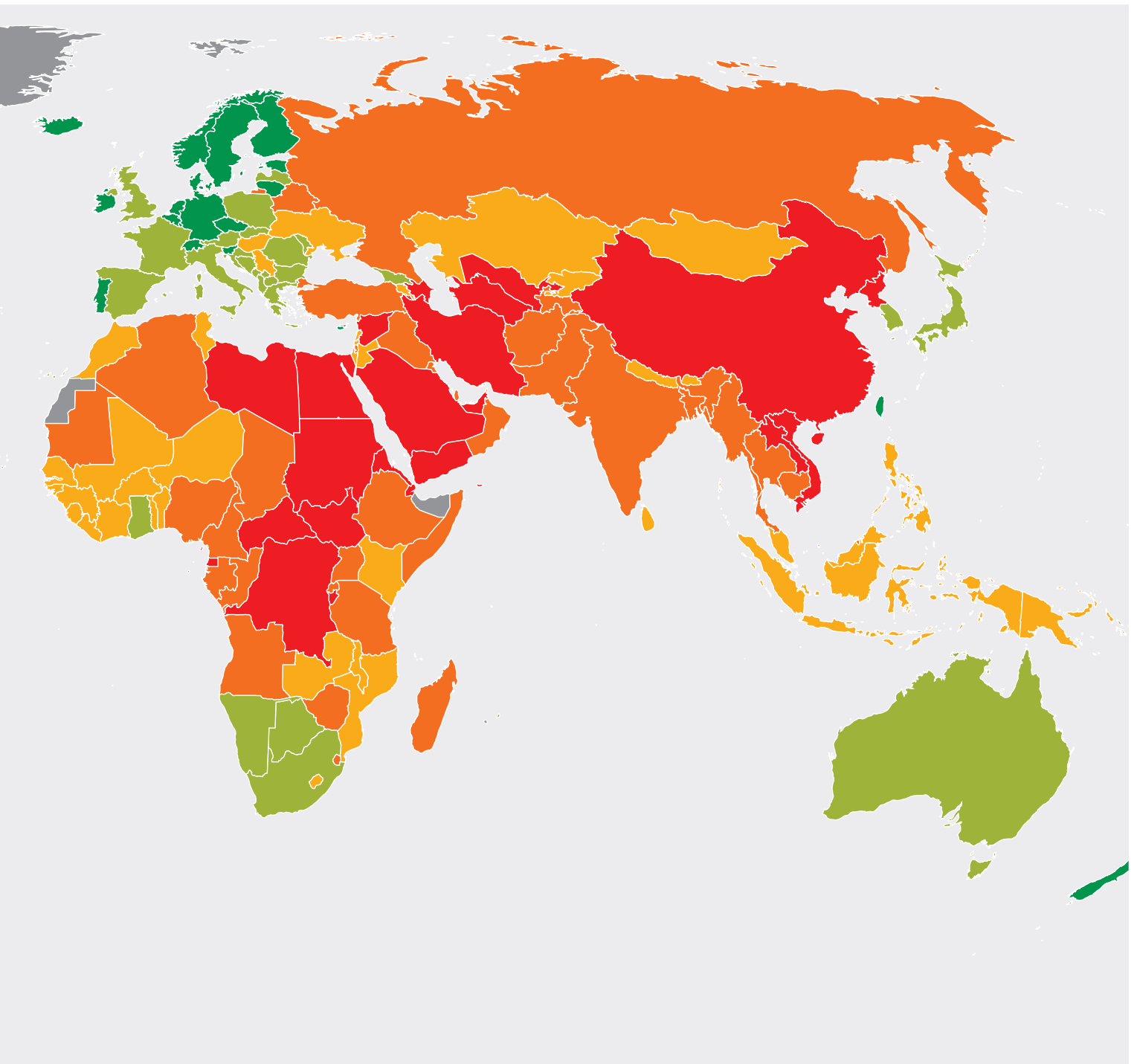


Siehe auch [www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft](http://www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft)

## Die Welt sieht rot: Zivilgesellschaft weiter unter Druck

153 Staaten behindern die Freiheit der Meinungsäußerung, das Recht auf friedliche Versammlung und auf Vereinigung. Das globale Netzwerk CIVICUS dokumentiert auf Basis umfangreicher, selbst erhobener Daten sowie Zahlen von Nichtregierungsorganisationen die Gefahren für die Entwicklung der Zivilgesellschaft. Der sogenannte Civic Space ist der Raum für zivilgesellschaftliches Handeln, der in 196 Staaten beobachtet wird. Die laufend aktualisierten





Analysen fließen in Indexwerten für jedes Land zusammen, die CIVICUS in die fünf Kategorien „offen“, „beeinträchtigt“, „beschränkt“, „unterdrückt“ und „geschlossen“ unterteilt. Heute leben nur drei Prozent der Weltbevölkerung in Staaten mit einer offenen Zivilgesellschaft – gegenüber im Vorjahr vier Prozent. Vor allem Frauen und Frauenorganisationen bekommen die Beschränkungen des Civic Space zu spüren.

# Die fünf Kategorien von CIVICUS-Monitor entsprechen folgenden Definitionen:

---

## offen (open)\*

Der Staat ermöglicht und garantiert allen Menschen zivilgesellschaftliche Freiheiten. Sie können ohne rechtliche oder praktische Hürden Vereinigungen bilden, im öffentlichen Raum Demonstrationen abhalten, sie bekommen Informationen und dürfen diese auch verbreiten. Autoritäten sind offen für Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen und bieten Plattformen für intensiven und konstruktiven Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern. Demonstrierende werden von der Polizei grundsätzlich geschützt und die Gesetze zur Regelung des Versammlungsrechts entsprechen internationalen Standards. Es gibt freie Medien, Internetinhalte werden nicht zensiert und Regierungsinformationen sind leicht zugänglich.

---

## beeinträchtigt (narrowed)\*

Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es überwiegend gestattet, ihre Rechte zur Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit auszuüben. Trotzdem kommen Verletzungen dieser Rechte vor. Menschen können Vereinigungen mit einer ganzen Bandbreite von Zielen bilden. Es gibt aber Fälle, in denen als regierungskritisch geltende Vereinigungen juristisch verfolgt oder anderweitig schikaniert werden. Demonstrationen verlaufen weitgehend ungestört, werden von den Behörden aber teilweise unter Verweis auf Sicherheitsbedenken verboten. Es kommt auch vor, dass unverhältnismäßige Gewalt wie Tränengas oder Gummigeschosse gegen friedliche Demonstrierende eingesetzt wird. Die Medien haben die Freiheit, ein großes Spektrum von Informationen zu verbreiten. Eine völlig freie Entfaltung der Presse wird aber entweder durch strikte Regulierung oder Ausübung von politischem Druck auf Medienschaffende verhindert.

---

## 43 Staaten

Andorra, Antigua und Barbuda, Barbados, Belgien, Costa Rica, Dänemark, Deutschland, Dominica, Estland, Finnland, Grenada, Irland, Island, Kanada, Kap Verde, Kiribati, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Marshallinseln, Mikronesien, Monaco, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Palau, Portugal, Salomonen, Samoa, San Marino, São Tomé und Príncipe, Schweden, Schweiz, Slowenien, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Surinam, Taiwan – Province of China (offizielle UN-Bezeichnung), Tschechien, Tuvalu, Uruguay, Zypern

---

## 42 Staaten

Albanien, Argentinien, Australien, Bahamas, Belize, Bosnien-Herzegowina, Botswana, Bulgarien, Chile, Dominikanische Republik, Ecuador, Frankreich, Georgien, Ghana, Griechenland, Großbritannien, Guyana, Italien, Jamaica, Japan, Kosovo, Kroatien, Lettland, Malta, Mauritius, Nordmazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Namibia, Österreich, Panama, Polen, Rumänien, Seychellen, Slowakei, Spanien, Südafrika, Südkorea, Tonga, Trinidad und Tobago, Vanuatu, Vereinigte Staaten von Amerika

\* englische Bezeichnung der Kategorie im CIVICUS-Monitor

---

## **beschränkt (obstructed)\***

Die Regierenden beschneiden eine freie Grundrechtsentfaltung durch eine Kombination aus rechtlichen und praktischen Einschränkungen. Zivilgesellschaftliche Organisationen existieren zwar, doch staatliche Stellen versuchen sie zu zersetzen, unter anderem durch Überwachung, bürokratische Schikane und öffentliche Demütigung. Bürgerinnen und Bürger können sich friedlich versammeln, werden aber häufig von Polizeikräften unter Einsatz exzessiver Gewalt auseinandergetrieben, etwa mit Gummigeschossen, Tränengas und Schlagstöcken. Es gibt Raum für nicht staatliche Medien und redaktionelle Unabhängigkeit, aber Journalistinnen und Journalisten sind von körperlichen Übergriffen und Verleumdungsklagen betroffen. Sie sehen sich daher zur Selbstzensur genötigt.

---

## **unterdrückt (repressed)\***

Der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum ist stark eingeschränkt. Aktivistinnen und Aktivisten, die Macht habende kritisieren, werden überwacht, drangsaliert, eingeschüchtert, inhaftiert, verletzt oder sogar getötet. Obwohl es einige zivilgesellschaftliche Organisationen gibt, wird deren Advocacy-Arbeit regelmäßig verhindert. Die Organisationen sind von Deregistrierungen und Schließungen betroffen. Menschen, die friedliche Demonstrationen organisieren oder daran teilnehmen, werden häufig durch staatliche Kräfte mit scharfer Munition beschossen oder in Gewahrsam genommen, es gibt Massenverhaftungen. Die Medien geben typischerweise die Sicht der Regierung wieder. Unabhängige Stimmen werden routinemäßig durch Razzien, körperliche Übergriffe oder langwierige Strafverfahren verfolgt. Kritische Websites und soziale Medien sind blockiert und die Internetnutzung wird stark überwacht.

---

## **geschlossen (closed)\***

Der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum ist – in rechtlicher und praktischer Hinsicht – komplett geschlossen. Es herrscht eine Atmosphäre der Furcht, in der staatliche und mächtige nicht staatliche Akteure ungestraft davorkommen, wenn sie Menschen für die Wahrnehmung ihrer Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheiten inhaftieren, körperlich misshandeln oder töten. Jegliche Kritik am herrschenden Regime wird schwer bestraft. Es gibt keine Medienfreiheit. Das Internet wird stark zensiert und die meisten Websites sind blockiert.

---

## **49 Staaten**

Armenien, Benin, Bhutan, Bolivien, Brasilien, Burkina Faso, Elfenbeinküste, El Salvador, Fidschi, Gambia, Guatemala, Guinea, Guinea-Bissau, Haiti, Indonesien, Israel, Jordanien, Kasachstan, Kenia, Kirgisistan, Komoren, Lesotho, Libanon, Liberia, Malawi, Malaysia, Malediven, Mali, Marokko, Mongolei, Mosambik, Nauru, Nepal, Niger, Osttimor, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Philippinen, Sambia, Senegal, Serbien, Sierra Leone, Singapur, Sri Lanka, Togo, Tunesien, Ukraine, Ungarn

---

## **38 Staaten**

Afghanistan, Algerien, Angola, Äthiopien, Bangladesch, Belarus, Brunei, Eswatini, Gabun, Honduras, Indien, Irak, Kambodscha, Kamerun, Katar, Kolumbien, Kongo (Brazzaville), Kuwait, Madagaskar, Mauretanien, Mexiko, Myanmar, Nicaragua, Nigeria, Oman, Pakistan, Palästina, Ruanda, Russland, Simbabwe, Somalia, Tadschikistan, Tansania, Thailand, Tschad, Türkei, Uganda, Venezuela

---

## **24 Staaten**

Ägypten, Äquatorialguinea, Aserbaidshan, Bahrain, Burundi, China, Djibouti, Eritrea, Iran, Jemen, Demokratische Republik Kongo, Kuba, Laos, Libyen, Nordkorea, Saudi-Arabien, Sudan, Südsudan, Syrien, Turkmenistan, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate, Vietnam, Zentralafrikanische Republik

Die Erhebungen des CIVICUS-Monitors werden laufend aktualisiert. Diesem Bericht liegen die Daten vom **4. Dezember 2019** zugrunde. Tagesaktuelle Daten unter [monitor.civicus.org](https://monitor.civicus.org).

---

### **Brot für die Welt**

Evangelisches Werk für Diakonie  
und Entwicklung e. V.

---

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

---

Telefon +49 30 65211 0  
Fax +49 30 65211 3333  
info@brot-fuer-die-welt.de

---

### **Spenden**

Brot für die Welt  
Bank für Kirche und Diakonie  
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00  
BIC: GENODED1KDB

---

www.brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de/  
atlas-zivilgesellschaft

---

18,00 Euro [D]  
18,50 Euro [A]  
**www.oekom.de**  
Art. Nr. 119 113 430

